

COP29: Positionspapier der österreichischen UNFCCC- Jugenddelegierten

ÜBERBLICK

–
ASERBAIDISCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Forderungen für die COP29 auf einen Blick

- Das neue **Klimafinanzierungsziel (NCQG)** auf der COP29 in Baku muss angesichts des Bedarfs besonders betroffener Regionen von den **Milliarden in die Billionen** gehen. Nach dem **Verursacherprinzip** ("polluter pays") müssen vorrangig jene Länder Finanzmittel bereitstellen, die die meisten Emissionen zu verantworten haben, wobei der Kern aus öffentlicher Klimafinanzierung bestehen soll und auch **Verluste & Schäden** finanziert werden müssen.
- **COP-Gastgeber müssen Menschenrechte respektieren** und das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantieren, auch über die COP hinaus. Die EU darf kein fossiles Gas von autokratischen Regimen beziehen.
- Die besondere **Betroffenheit von Kindern und zukünftigen Generationen** durch die Klimakrise muss anerkannt werden und zu einer ambitionierten Klimapolitik im Sinne der **Generationengerechtigkeit** führen.
- Die **EU** muss im Einklang mit der Wissenschaft ein **2040 Ziel** von mindestens -90% Emissionsminderung (vs. 1990) beschließen und bis Februar 2025 ein ambitioniertes NDC im Einklang mit 1,5°C mit Sektorzielen vorlegen.
- Das **Mitigation Work Programme** muss ins Handeln kommen und die Ergebnisse des Global Stocktake konsequent umsetzen.
- Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, dürfen freiwillige Kohlenstoffmärkte unter **Artikel 6** des Pariser Abkommens staatliche Maßnahmen nicht ersetzen.



Forderungen für die österreichische Regierung

- Die neue Bundesregierung soll das längst ausstehende **Klimaschutzgesetz** mit klaren sektoralen Zwischenzielen und einem verbindlichen Ausstiegspfad aus fossilen Energien beschließen.
- Finanzströme müssen in Einklang mit dem 1,5°C Ziel gebracht werden. In Österreich fließen immer noch **Förderungen in Milliardenhöhe in klimaschädliche Aktivitäten** – das muss sich ändern!



Newsletter abonnieren und
Positionspapier herunterladen
[LINKTR.EE/CLIMATESAUSTRIA](https://linktr.ee/climatesaustria)

Die österreichischen Jugenddelegierten sind während der gesamten COP29 vor Ort in Baku und stehen gerne für Interviews zu Verfügung.

youthdelegate@climatesaustria.org
Instagram & TikTok: @climatesaustria
Newsletter: linktr.ee/climatesaustria

Sigrid Karl & Theresa Öllinger
UNFCCC-Jugenddelegierte



Aserbaidsschan & Präsidentschaft der COP29

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDSSCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Die internationale Aufmerksamkeit rund um die COP29 ist nicht nur für den Klimaschutz essentiell, auch die bedenkliche Menschenrechtslage im Gastgeberland Aserbaidsschan ist für viele junge Menschen in Österreich Grund zur Sorge. Es ist die dritte Klimakonferenz in Folge, die in einem autoritären Land stattfindet. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zählt 263 Menschenrechtsverletzungen seit 2001. Es gibt ernste Bedenken, ob die Zivilgesellschaft, Aktivist*innen und Journalist*innen sicher an der Konferenz teilnehmen können, da einige von ihnen in Aserbaidsschan aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen inhaftiert sind.

Auch vor der COP29 gab es eine neue Verhaftungswelle, darunter Gubad Ibadoghlu, ein Experte für Korruptionsbekämpfung mit Fokus auf die aserbaidsschanische Öl- und Gasindustrie. Er wurde im Juli 2023 festgenommen und steht aktuell unter Hausarrest. Auch die Climate of Justice Initiative, die Klimagerechtigkeit in Aserbaidsschan fordert, wird durch Verhaftungen mundtot gemacht.

Wie auch auf der COP28, ist der Gastgeber tief in den fossilen Industrien verwurzelt. Der staatliche Öl- und Gaskonzern Socar, wo der COP29-Präsident Mukhtar Babayev 26 Jahre lang gearbeitet hat, will 40 Milliarden US-Dollar in neue Gasfelder investieren, wie ein aktueller Bericht von urgewald und CEE Bankwatch zeigt. Der Präsident von Aserbaidsschan bezeichnet die Öl- und Gasfelder als »Geschenk Gottes« und die COP29-Präsidentschaft weist auf Gas-Deals mit der europäischen Union hin, die wiederum von russischem Gas unabhängig werden möchte.

Forderungen

- Zu Unrecht inhaftierte Aktivist*innen und Journalist*innen müssen unverzüglich freigelassen werden und die Anklagen gegen sie eingestellt werden.
- Es braucht Menschenrechtskriterien für zukünftige COP-Gastgeber, die das Recht auf freie Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschließen.
- Das Host Country Agreement zwischen UNFCCC und Gastgeberland muss nach Unterzeichnung sofort offen gelegt werden.
- Die EU und Österreich dürfen keine Gas- und Ölgeschäfte mit autokratischen Regimen wie Aserbaidsschan abschließen.

*»Es gibt keinen Klimaschutz ohne Menschenrechte. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedliche Versammlungen in und außerhalb der Konferenz muss von jedem COP-Gastgeber respektiert werden, denn sie sind die Voraussetzung für Klimaverhandlungen, die alle Perspektiven berücksichtigen. Lokale Aktivist*innen müssen geschützt werden. Die EU muss den Bedarf an Öl und Gas schnellstmöglich zurückfahren, um nicht ein autokratisches Regime nach dem nächsten zu finanzieren.«*
– Sigrid Karl, UNFCCC-Jugenddelegierte

Klimafinanzierung: New Collective Quantified Goal

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDISCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Klimafinanzierung wird auf der COP29 eines der größten Verhandlungsthemen darstellen. Das bisherige Ziel, welches jährlich 100 Milliarden US-Dollar von Industriestaaten für Länder des globalen Südens beinhaltet, läuft mit dem Jahr 2025 aus. Es ist daher essentiell, dass ein neues Klimafinanzierungsziel beschlossen wird: the **New Collective Quantified Goal** on Climate Finance (NCQG).

Dieses neue Ziel soll sich an dem tatsächlichen finanziellen Bedarf für Maßnahmen zur Emissionsreduktion und Anpassung an die Klimakrise orientieren und vor allem jene Länder und vulnerable Gruppen priorisieren, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. Klar ist, dass auf der Basis von den bisherigen 100 Milliarden \$ noch **weit mehr finanzielle Ressourcen** mobilisiert werden müssen, und zwar von jenen Ländern, die am meisten Emissionen verursachen und somit am stärksten die Klimakrise befeuern.

Vor allem im Hinblick auf die neuen nationalen Klimapläne (NDCs), die nächstes Jahr vorgelegt werden sollen, ist es wichtig, dass hier finanzielle Unterstützung zugesichert wird, damit am Ende ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden können. Auch im Bereich der Anpassung an die Klimakrise, welche eine immer größer werdende Herausforderung mit sich bringt, gibt es großen Aufholbedarf. Es muss hier eine **Balance** zwischen der Unterstützung von **Klimaschutzmaßnahmen sowie Anpassungsmaßnahmen** sichergestellt werden. Wichtig ist hierbei auch, dass **Verluste und Schäden im NCQG** verankert werden, um Länder zu unterstützen, welche die Auswirkungen der Klimakrise nicht alleine bewältigen können.

Für all das braucht es mehr Geld als bisher: **neue und innovative Quellen**, wie Vermögenssteuern oder Steuern auf fossile Konzerne. Fossile Subventionen müssen abgeschafft und **private Finanzmittel** stärker mobilisiert werden. Während Klimaschutz oft gute Rendite bringt (z.B. bei Erneuerbaren Energien), müssen für Anpassung und die Finanzierung von Verluste & Schäden vor allem Zuschüsse aus öffentlichen Geldern bereitgestellt werden, um besonders betroffene Länder direkt und ohne Verschuldung zu unterstützen.

Es ist auch wichtig, aus dem Prozess des bisherigen Klimafinanzierungsziel zu lernen und hier Verbesserungen vorzunehmen. Dies betrifft einerseits mehr **Transparenz**, um nachvollziehen zu können, ob die beschlossenen Ziele auch eingehalten werden sowie bestimmte **Qualitätskriterien**: ein vereinfachter Zugriff auf Klimafinanzierung, eine bessere Vorhersehbarkeit von verfügbaren Ressourcen sowie eine stärkere Wirksamkeit von zur Verfügung gestellten Finanzen.

Klimafinanzierung: New Collective Quantified Goal

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDISCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Forderungen für die COP29

- Ausgehend vom bisherigen Ziel (100 Milliarden \$/Jahr) muss das kommende Klimafinanzierungsziel (NCQG – new collective quantified goal) angesichts des Bedarfs deutlich erhöht werden und von den **Milliarden in die Billionen** gehen.
- Nach dem **Verursacherprinzip** (**»polluter pays«**) müssen vorrangig jene Länder Finanzmittel bereitstellen, die die meisten Emissionen zu verantworten haben.
- Der Kern des NCQG sollte aus öffentlicher Klimafinanzierung bestehen und **Zuschüsse und Zuschuss-Äquivalente** (anstatt Kredite) bereitstellen.
- Neben Klimaschutz und Anpassung müssen **Verluste & Schäden** als drittes zentrales Finanzierungsziel vereinbart werden.
- Die Klimafinanzierung muss sich auch aus **neuen und innovativen Finanzquellen** speisen, wie eine Vielfliegersteuer, CO₂-Steuer, Mineralölsteuer, oder auch eine Vermögenssteuer. Fossile Konzerne müssen ebenfalls stärker besteuert werden und so zur Verantwortung für die von ihnen verursachten Emissionen gezogen werden.
- Um mehr Finanzierung bereitstellen zu können, müssen private Finanzmittel viel stärker als bisher mobilisiert werden, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes (mitigation).
- Alle Finanzströme müssen, wie in **Artikel 2.1.c** des Pariser Abkommens vereinbart, in Einklang mit dem 1,5°C Limit gebracht und **fossile Subventionen abgeschafft** werden. Alle Länder sollen im Rahmen der nächsten NDCs dafür Ausstiegspläne vorlegen.
- Es benötigt eine **Reform der internationalen Finanzarchitektur**. Banken sollten strenge Schutzmaßnahmen für Menschenrechte, Klimaschutz und integrative Governance-Strukturen einführen.
- Um für mehr **Transparenz** zu sorgen und die Erreichung des neuen Klimafinanzierungsziels nachverfolgen zu können, braucht es eine Anpassung des Enhanced Transparency Framework, eine klare Definition von Klimafinanzierung, sowie eine regelmäßige Berichterstattung der bereitgestellten, sowie erhaltenen Finanzmittel.
- Klimafinanzierung muss auch für besonders vulnerable Gruppen **zugänglich** sein, wie Frauen, indigene Völker, Kinder und Menschen mit Behinderungen.
- Das NCQG sollte alle 5 Jahre anhand der Erkenntnisse der globalen Bestandsaufnahme überarbeitet werden. Somit soll das Ziel entsprechend der sich entwickelnden finanziellen Bedürfnisse angepasst werden.

Klimafinanzierung: New Collective Quantified Goal

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDISCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Forderungen für Österreich

- **Fossile Subventionen abschaffen.** In Österreich fließen immer noch Förderungen in Milliardenhöhe in klimaschädliche Aktivitäten – das muss sich ändern!
 - Die Arbeitsgruppe "Kontraproduktive Subventionen" muss schnellstmöglich operationalisiert werden.
 - Ein konkreter Plan, um jährlich 2 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen, wie im Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) vorgesehen, muss vorgelegt werden.
 - Bereits 2025 sollen die ersten Subventionen abgeschafft und Werkzeuge wie die Pendlerpauschale ökologisiert werden.
- Die Klimafinanzierungsstrategie für das Jahr 2023 sollte alsbald veröffentlicht und die Beiträge weiterhin erhöht werden.

»Es braucht weit mehr Klimafinanzierung! Vor allem in Hinblick auf die nächste Runde der nationalen Klimapläne, müssen hier die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen – vor allem im globalen Süden – umsetzen zu können. Die COP29 in Baku muss hier liefern. Gleichzeitig muss auch mehr Unterstützung jenen Ländern zugesichert werden, die am meisten mit der Anpassung an die Klimakrise zu kämpfen haben.«

– Sigrid Karl, UNFCCC-Jugenddelegierte

Weiterführende Informationen

<https://www.wri.org/insights/ncqg-key-elements>

https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/kontraproduktiv.html

https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/int_klimapolitik/finanzierung.html

Klimaschutz: Mitigation

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDISCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Die aktuellen Klimaziele der Nationalstaaten reichen bei Weitem nicht aus, um die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen. Laut einem Ende Oktober 2024 veröffentlichten UN Report steuert die **derzeitige globale Klimapolitik auf eine Erwärmung von etwa 3,1°C über dem vorindustriellen Niveau** zu, was verheerende Folgen für Mensch und Umwelt haben würde. Um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, muss die Welt bis spätestens 2050 klimaneutral sein. Länder mit **hohen historischen Emissionen (inkl. Österreich)**, haben hier eine besondere Verantwortung und müssen deswegen früher Klimaneutralität erreichen.

Die EU ist gerade im Prozess, ein neues **Klimaziel bis 2040** zu beschließen. Die Kommission empfahl, basierend auf der Empfehlung des European Scientific Advisory Boards on Climate Change, die **Netto-Treibhausgasemissionen bis 2040 um 90 % im Vergleich zu 1990 zu reduzieren**.

Die **Nationally Determined Contributions (NDCs)** sind das Herzstück der internationalen Klimapolitik im Rahmen des Pariser Abkommens. In den NDCs beschreiben Staaten ihre Emissionsreduktionsziele und andere Maßnahmen, die sie umsetzen wollen, um die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen. Das Pariser Abkommen schreibt außerdem vor, dass die NDCs **alle fünf Jahre aktualisiert** und dabei **stets verschärft** werden müssen.

Die derzeitige Ambition in den NDCs bleibt weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um katastrophale Klimaauswirkungen zu verhindern. Die nächste Aktualisierung der NDCs ist 2025 fällig. **Das könnte die letzte Gelegenheit sein, die Welt auf einen globalen Emissionspfad zu bringen, der mit dem 1,5°C-Ziel des Pariser Abkommens in Einklang steht.** Deshalb müssen die Vertragsparteien bis Februar 2025 ambitionierte NDCs vorlegen, welche die Ziele für 2030 stärken und Emissionsminderungsziele für 2035 festlegen, die mit dem 1,5°C-Ziel und Netto-Null Emissionen in Einklang stehen.

Der **Global Stocktake** ist ein Überprüfungsmechanismus des Pariser Abkommens. Alle fünf Jahre wird analysiert, wie die Länder beim Erreichen ihrer Klimaziele vorankommen. Im Rahmen des ersten Global Stocktakes auf der COP28 wurde zum ersten Mal eine **Abkehr von fossilen Brennstoffen** gefordert. Ein vollständiger Ausstieg inkl. konkreter Zeitpunkte, der für das 1,5°C-Ziel essentiell ist, wurde jedoch nicht vereinbart. Die Länder wurden dazu aufgerufen, die globale Kapazität erneuerbarer Energien bis 2030 zu verdreifachen und die Energieeffizienzrate zu verdoppeln. Obwohl dies Schritte hin zu einer fossilfreien Zukunft sind, **fehlen verbindliche Maßnahmen und klare, kurzfristige Ziele**.

<https://www.wri.org/insights/ncqg-key-elements%C2%A0>

https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/kontraproduktiv.html%C2%A0

https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/int_klimapolitik/finanzierung.html

Klimaschutz: Mitigation

Das **Mitigation Work Programme (MWP)** wurde nach langen, kontroversen Verhandlungen auf der COP27 in Sharm-el Sheik verabschiedet. Es soll die internationale Zusammenarbeit zur Emissionsreduktion bis 2030 intensivieren und zielt darauf ab, **effektive Wege zur Dekarbonisierung** (insb. in den Bereichen Energie und Verkehr) zu finden und voranzutreiben. Die EU zielt darauf ab, mit dem MWP die **Ergebnisse des ersten Global Stocktakes** umzusetzen. Viele Länder befürchten jedoch hohe wirtschaftliche Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen, was eine **inhaltliche Einigung** erschwert. Im Moment ist das MWP vor allem prozedural. Die Diskussionen über Dekarbonisierung und die dafür notwendigen Finanzmittel verliefen ohne konkrete Ereignisse.

Österreich und die EU müssen auch abseits der internationalen Verhandlungen ihre Hausaufgaben machen. Eine Umfrage des Kontext Instituts zeigt, dass das durchaus im Einklang mit der Bevölkerung steht: Die **Mehrheit der Österreicher:innen unterstützt ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen.**

Ein weiteres Hindernis für den Klimaschutz in Österreich sind die weiterhin **hohen fossilen Subventionen.** Im Durchschnitt der letzten Jahre belief sich das Volumen der klimakontraproduktiven Förderungen in Österreich auf 4,1 bis 5,7 Milliarden Euro. Im Vergleich dazu wurden erneuerbare Energien im Jahr 2021 nur mit 620 Millionen Euro gefördert. Dies zeigt eine klare Diskrepanz zwischen den staatlichen Investitionen in klimaschädliche und klimafreundliche Technologien.

Laut IPCC-Berichten darf **keine neue Erschließung fossiler Energiequellen** stattfinden, um das 1,5°C-Ziel nicht zu gefährden.

Forderungen für die COP29 und die EU

- Die EU muss ein **ambitioniertes, wissenschaftsbasiertes 2040 Klimaziel** beschließen und rechtlich festsetzen. Dieses soll sich an dem Mindeststandard des European Scientific Advisory Board for Climate Change von **-90% bis 2040** orientieren und sogar darüber hinausgehen.
- Das EU-NDC sollte möglichst nah zur UNFCCC-Deadline von 02/2025 eingereicht werden
- Die NDCs 3.0 sollen den **fair share** jedes Landes berücksichtigen und die **höchstmögliche Ambition** widerspiegeln.
- Gute NDCs legen **ehrgeizige, zeitlich begrenzte, sektorale Ziele** fest, einschließlich einer **Abkehr von fossilen Brennstoffen unter Berücksichtigung der Ergebnisse des ersten Global Stocktakes.** Diese Ziele werden mit konkreten Maßnahmen und Zuständigkeiten untermauert.
- Das Mitigation Work Programme muss seinem Namen gerecht werden und daran arbeiten, die Ergebnisse des Global Stocktakes umzusetzen.
- Österreich soll der Beyond Oil and Gas Alliance beitreten (wie DK, FR, IE, ...)

Klimaschutz: Mitigation

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDSCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Forderungen für Österreich

- Die neue Bundesregierung soll das **längst ausständige Klimaschutzgesetz** mit **klaren sektoralen Zwischenzielen und einem Ausstiegspfad aus Fossilen** beschließen.
- Die Erschließung **neuer Öl- und Gasfelder muss mit sofortiger Wirkung gestoppt werden**. Es dürfen **keine Gasprobebohrungen in Österreich** (wie zuletzt in Molln und St. Georgen) mehr stattfinden.
- Subventionen in fossile Brennstoffe müssen gestoppt werden und die Geldsummen stattdessen in den Ausbau Erneuerbarer fließen.

»Die Welt steuert derzeit auf eine Erwärmung von 3,1°C zu. Das ist der Weg in die Klimakatastrophe. Die nächsten NDCs könnten unsere letzte Chance sein, das Ruder noch herumzureißen und die Welt zurück auf einen 1,5° Emissionspfad zu bringen. Dazu müssen auch Österreich und die EU handeln: Raus aus fossilen Energien und hin zu ambitionierten Klimazielen«

– Theresa Öllinger, UNFCCC-Jugenddelegierte

In Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens wird anerkannt, dass Vertragsstaaten durch freiwillige Zusammenarbeit ihre Ziele in Emissionsminderung und Anpassung effektiver erreichen können. Hierbei wird der Aufbau freiwilliger Kohlenstoffmärkte gefördert und der Handel mit Emissionszertifikaten reglementiert. Im Fokus der multilateralen Verhandlungen stehen insbesondere die Paragraphen 6.2 (Kooperative Ansätze), 6.4 (Marktbasierter Ansatz) und 6.8 (Nicht-marktbasierte Ansätze).

Artikel 6.2 ermöglicht es Ländern durch kooperative Ansätze, international übertragene Minderungsergebnisse (internally transferred mitigation outcomes) zu verwenden, um die national festgelegten Beiträge (NDCs) zu erreichen und Emissionsminderungen aus anderen Ländern anzurechnen. Ein zentraler Aspekt ist die Vermeidung von Doppelzählungen durch eine robuste Buchführung der gutgeschriebenen Emissionsminderungen. Eine internationale Aufsicht ist hier nicht vorgesehen; Staaten sind eigenverantwortlich für die Einhaltung der Berichts- und Bilanzvorschriften gemäß Artikel 6.2. Während Artikel 6.2 bereits genutzt wird, sind einige Elemente von Artikel 6.4 noch festzulegen.

Artikel 6.4 schafft einen freiwilligen globalen Kohlenstoffmarkt, auf dem Emissionsminderungen eines Landes als handelbare Gutschriften verkauft werden können. Dies umfasst auch Projekte zur Entfernung von Kohlenstoff aus der Atmosphäre (removals). Aktivitäten unter Artikel 6.4 unterliegen Sozial- und Umweltstandards, um negative Auswirkungen auf Menschen und Ökosysteme zu vermeiden, einschließlich Menschenrechtsschutz und Ressourcenschutz. Ein zentrales Prinzip ist die „Additionalität“: Anerkennung finden nur Projekte, die ohne diesen Mechanismus nicht realisierbar gewesen wären.

Ergänzend zu den marktbasierteren Ansätzen in Artikel 6.2 und 6.4 wurde in Artikel 6.8 ein nicht-marktbasierter Ansatz eingeführt. Hier stehen kooperative Ansätze im Vordergrund, die keinen Handel mit Emissionszertifikaten beinhalten, wie Wissensaustausch, Technologietransfer und Partnerschaften. Auf der COP28 wurde eine Entscheidung zu Artikel 6.8 getroffen, die eine Online-Plattform zur internationalen Zusammenarbeit und zum Wissenstransfer vorsieht.

Artikel 6.2:

- Die **Transparenz der Aktivitäten** unter Artikel 6.2 muss gewährleistet sein und für die Zivilbevölkerung öffentlich zugänglich und verständlich aufbereitet sein, um Inklusivität und öffentliche Verantwortung zu gewährleisten.
- Der Vorbehalt der **Geheimhaltung darf nicht im Konflikt zur Transparenz des Mechanismus stehen**.
- Staaten, insbesondere **Entwicklungsländer, müssen beim Aufbau nationaler Strukturen wie Datenbanken unterstützt werden**, um eine gleichberechtigte Teilhabe an Artikel 6.2 zu gewährleisten.

Artikel 6.4:

- Bei Entnahme-Projekten besteht das Risiko der Umkehrung von Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Waldbrände), daher sind **Schutzmaßnahmen erforderlich, um die Kompatibilität mit dem Pariser Abkommen und dem Netto-Null-Ziel** zu sichern.
- Im Einklang mit dem von den Vertragsparteien auf der SBSTA60 gefassten Beschluss sollten **Projekte zur Emissionsvermeidung ausgeschlossen werden**, da sie in der Regel keine greifbaren Minderungsergebnisse liefern, die eine Anhebung des Ambitionsniveaus bedeuten oder die Erreichung der NDCs voranbringen, und umgekehrt die Gefahr besteht, dass Mittel für zielführende Projekte fehlen.
- **Projekte sollen vor allem lokale Gemeinschaften unterstützen**, insbesondere in Ländern des globalen Südens, um eine gerechte Umverteilung der Vorteile zu gewährleisten und so soziale Ungleichheiten zu verhindern.

»Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, dürfen freiwillige Kohlenstoffmärkte **staatliche Maßnahmen nicht ersetzen** und als Ersatz für Emissionssenkungen im Privatsektor gesehen werden. **Transparenz muss oberste Priorität haben** – gerade bei internationalen Emissionsminderungen. Nur wenn lokale Gemeinschaften unterstützt und Emissionen dort gesenkt werden, wo sie tatsächlich entstehen, schaffen wir einen gerechten und effektiven Klimaschutz.«

– Ela Mesinovic, Mentorin der UNFCCC-Jugenddelegierten

Weiterführende Informationen

<https://unepccc.org/article-6-pipeline/>

<https://carboncooperation.undp.org/>

<https://www.carbon-mechanisms.de/grundlagen/das-uebereinkommen-von-paris-und-dessen-artikel-6>

Klimakrise als Sicherheitsrisiko

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDISCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Die Klimakrise stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, das tiefgreifende Auswirkungen auf die globale Stabilität und Sicherheit hat. Extremwetterereignisse, steigende Meeresspiegel und die zunehmende Häufigkeit von Naturkatastrophen bedrohen die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen weltweit und können zu Konflikten um knappe Ressourcen, Migration und Instabilität führen. Österreich als Nationalstaat ist von diesen globalen Entwicklungen nicht isoliert. Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch hier spürbar und betreffen verschiedene Sektoren, darunter Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Tourismus. Darüber hinaus hat Österreich als Mitglied der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft die Verantwortung, zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen und sich aktiv an globalen Klimaschutzmaßnahmen zu beteiligen.

Der Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit wird immer wichtiger. Der Klimawandel wirkt als Bedrohungsmultiplikator, der bestehende Konflikte verschärft und neue Risiken für die Sicherheit schaffen kann. Internationale Organisationen und Sicherheitsbündnisse haben begonnen, klimatische Faktoren in ihre Strategien zu integrieren, um besser auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet zu sein. Wenn die globale Erwärmung weiter ansteigt, könnten unumkehrbare Veränderungen in den Erdsystemen ausgelöst werden, die den Klimawandel verstärken und lebenswichtige Ressourcen bedrohen. Ein besonderes Risiko stellt auch klimabezogene Desinformation dar. Diese trägt zu einer falschen Wahrnehmung des wissenschaftlichen Konsenses und einer Unterschätzung der Dringlichkeit aktiver klimapolitischer Maßnahmen bei.

Forderungen

- Die Klimakrise muss international als Sicherheitsrisiko anerkannt und ernst genommen werden.
- Die Klimakrise soll mit der gleichen Intensität und Dringlichkeit behandelt werden wie frühere Krisen. Dies umfasst Krisenkommunikation, transparente Informationspolitik und die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte zur Bewältigung der Klimakrise.
- Die österreichische Regierung sollte Klimaschutz als integralen Bestandteil ihrer Sicherheits- und Außenpolitik betrachten. Klimabedingte Risiken müssen in sicherheitspolitische Analysen und Strategien miteinbezogen werden.
- Auf nationaler Ebene sollte Österreich verstärkt in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel investieren. Dies umfasst den Ausbau von Infrastrukturen, die widerstandsfähig gegenüber Extremwetterereignissen sind, sowie die Unterstützung von Gemeinden und Regionen bei der Entwicklung und Umsetzung von Anpassungsstrategien.

»Die Klimakrise ist auch ein Sicherheitsrisiko. Österreich muss Klimaschutz als Teil seiner Sicherheitsstrategie begreifen, um Menschen und Ressourcen langfristig zu schützen.«

– Theresa Öllinger, UNFCCC-Jugenddelegierte

Jugendpartizipation & Kinderrechte

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDSCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

»Kinder haben das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Die Staaten müssen eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt sicherstellen, um die Rechte der Kinder zu achten, zu schützen und zu erfüllen.«

– General comment Nr. 26 on the UN Committee on the Rights of the Child

Die auf der COP29 getroffenen Entscheidungen werden sich auf das Leben von Kindern, jungen Menschen und allen künftigen Generationen auswirken. Gleichzeitig ist die Jugend ein zentraler Akteur in der Klimabewegung.

Wir fordern, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt respektiert werden und junge Menschen systematisch und auf Augenhöhe in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Forderungen

- Die Politik muss junge Menschen systemisch und zeitgerecht in Positionsfindungsprozesse der nationalen sowie internationalen Klimapolitik einbinden.
- Österreich muss sich aktiv dafür einsetzen, dass alle europäischen und insbesondere alle EU-Staaten bis spätestens 2025 offizielle Jugenddelegierte für die UN-Klimakonferenzen haben und deren Teilnahme daran finanziert wird.
- Folgende Mitgliedstaaten haben Stand 01.11.2024 keine offiziellen UNFCCC-Jugenddelegierten: Griechenland, Kroatien, Italien, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien, Zypern
- Kinderrechte, vor allem in Hinblick auf Klimaschutz, sollten rechtlich durchsetzbar sein und bei politischen Entscheidungen miteinbezogen werden.
- Kinder und zukünftige Generationen **sind besonders stark von der Klimakrise betroffen**. Vor allem schwangere Frauen und Kinder unter 5 Jahren sind vulnerable Gruppen. Wir fordern, dass diese Gefährdung anerkannt wird und im Sinne der Generationengerechtigkeit eine möglichst ambitionierte Klimapolitik verfolgt wird.
- Wir fordern zudem, dass die dargebotenen Erkenntnisse des “expert dialogue on children” auf den SB60 in Bonn formal anerkannt werden und die speziellen Bedürfnisse und Vulnerabilitäten von Kindern in den neuen NDCs und NAPs berücksichtigt werden.

Weiterführende Informationen

<https://www.unicef.org/documents/unicef-sb60-and-expert-dialogue-children-policy-briefing-and-unfccc-submissions>
<https://experience.arcgis.com/experience/0d9d2209bf104584a65e012b03b6d3f8/>

Über das Jugenddelegierten- Programm

ÜBERBLICK
–
ASERBAIDISCHAN
KLIMAFINANZIERUNG
MITIGATION
ARTIKEL 6
SECURITY
JUGENDPARTIZIPATION
–
ÜBER UNS

Das UNFCCC-Jugenddelegiertenprogramm ist ein Projekt von CliMates Austria, welches vom Klimaministerium gefördert wird. Jedes Jahr fahren zwei Jugenddelegierte als offizieller Teil der österreichischen Delegation auf die UN-Klimakonferenz, um die Stimme der österreichischen Jugend zu repräsentieren. Sie tragen die Forderungen der österreichischen Jugend weiter an Entscheidungsträger*innen und kommunizieren die Verhandlungsergebnisse mittels kritischer Berichterstattung an die österreichische Bevölkerung.

Unterstützt werden die Jugenddelegierten von zwei Senior-Jugenddelegierten, den vorjährigen Jugenddelegierten, welche als Mentor*innen fungieren. Zusätzlich im Team sind zwei Kommunikationsexpert*innen, die den Social Media-Auftritt organisieren und somit helfen, die COP für die österreichische Jugend zugänglicher zu machen.

Was wir konkret machen:

- **Advocacy-Arbeit** (Treffen mit politischen Vertreter*innen auf nationaler und europäischer Ebene, enge Zusammenarbeit mit österreichischer Delegation)
- **Vernetzung mit der österreichischen Jugend**
- **Vernetzung** mit anderen **zivilgesellschaftlichen Akteur*innen** national und international (Jugenddelegierten aller Welt, Klimaaktivist*innen aus aller Welt, NGOs aus Österreich und global)
- **Öffentlichkeitsarbeit** über und Sensibilisierung der österreichischen Bevölkerung für die UN-Klimakonferenzen (tägliches Newsletter, Instagram, Tiktok, Interviews in Radio und Zeitungen, Veröffentlichung von Gastkommentaren, etc.)



THERESA ÖLLINGER
JUGENDDELEGIERTE



SIGRID KARL
JUGENDDELEGIERTE



ELA MESINOVIC
MENTORIN DER
JUGENDDELEGIERTEN



DAVID JABLONSKI
MENTOR DER
JUGENDDELEGIERTEN

CliMates Austria ist eine Jugend-Klima NGO in Österreich, mit dem Ziel junge Personen aus ganz Österreich zu empowern. CliMates Austria hat vier Projekte: klimareporter.in, ein klimajournalistisches Programm; CliM' School, ein interaktiver Schulworkshop zur COP; LCOY Austria, die österreichische Jugendklimakonferenz und das UNFCCC-Jugenddelegierten- Programm.



Newsletter abonnieren und
Positionspapier herunterladen
[LINKTR.EE/CLIMATESAUSTRIA](https://linktr.ee/climatesaustria)



Youth Climate
Delegation
UNFCCC Jugenddelegiertenprogramm

CLIMATES
Austria